



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 01.12.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung
und Integration
am Dienstag, 06. Dezember 2011, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 107 (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

NEUE ANTRÄGE

2. 11-F-33-0050

WLAN an öffentlichen Plätzen

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.11.2011 -

Im Zeitalter von Smartphones, Tablet-PCs und Netbooks nutzen viele Wiesbaderinnen und Wiesbadener auch außerhalb ihrer Arbeitsstätten und Wohnungen das Internet. Auch wenn der mobile Zugang zum Internet schon seit Jahren flächendeckend über Mobilfunknetze realisiert werden kann, besteht ein zusätzlicher Bedarf nach schnellen mobilen Zugängen in das Internet.

Zudem sind gerade Jugendliche sowie Menschen mit kleinen Einkommen aus finanziellen Gründen häufig nicht in der Lage, am mobilen Internet zu partizipieren. Hier könnten kostenlose WLAN-Zugänge Abhilfe schaffen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und ggf. zu welchen Bedingungen für den WLAN-Zugang kostenlose Hotspots im Wiesbadener Stadtgebiet eingerichtet werden können.

Der kostenlose WLAN-Zugang ist insbesondere am Vorplatz des Hauptbahnhofs, auf dem Dern'schen Gelände / Marktplatz, auf dem Mauritiusplatz, am Platz der Deutschen Einheit, am Kranzplatz und im Kulturpark sowie an Orten wie dem Berufsschulzentrum erwünscht, die von Jugendlichen besonders stark frequentiert werden.

3. 11-F-03-0113

Zuschauer Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Im Zuge der Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2011 kam es zu Komplikationen mit Zuschaueranfragen. Ver.di-Angehörigen wurde die passive Teilnahme an der Versammlung verweigert, obwohl auf den Zuschauerrängen noch freie Plätze zur Verfügung standen. Zu einem möglichen Ausschluss durch Platzmangel beratschlagt der Ausschuss bereits Alternativen der Teilhabe ("Rathaus TV-Anträge").

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Eine Demokratie lebt von Offenheit und Teilhabe. Daher muss den Bürgern unbedingt der Zutritt zu den öffentlichen Sitzungen der städtischen Gremien gewährt werden, solange dies räumlich möglich ist.
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie die genannten Vorgänge rund um die Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2011 abliefen.
3. Eine Teilnahme als Zuschauer einer Stadtverordnetenversammlung ist auch ohne vorherige Anmeldung möglich, solange unreservierte Plätze vorhanden sind.
4. Den Fraktionen ist es untersagt Plätze im Zuschauerrang durch Zettel zu reservieren.

4. 11-F-08-0081

Digitale Bereitstellung der Unterlagen im geschützten Bereich des politischen Informationssystems
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Um den Zugriff auf die digitalen Drucksachenlisten im geschützten Bereich des politischen Informationssystems einfacher zu gestalten, möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Sitzungsvorlagen inklusive der Drucksachenlisten für die jeweiligen Tagungsordnungspunkte / Anträge jeweils in einer gemeinsamen Datei zusammenzufassen und zum Download bereitzustellen.

5. 11-F-03-0116

Bürgerhaushalt
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

In der Sitzungsvorlage 09-V-20-0062 vom August 2009 wird Dez I wird beauftragt, ein Konzept für eine künftige Bürgerbeteiligung vorzulegen. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe aus den Ämtern 20 zur Koordinierung, 10, 12 (Strategische Steuerung) und 16 zur Konzeptentwicklung gegründet.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu berichten.

Welches Konzept der Bürgerbeteiligung ist für den kommenden Haushalt 2012/2013 vorgesehen?

6. 11-F-03-0112

Veröffentlichung von Terminen

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Um an einer Demokratie als Bürger mitzuwirken, ist es nötig, von den Vorgängen, also auch von Terminen, in seiner Kommune zu wissen.

Das Internet bietet eine niedrighschwellige Möglichkeit zur Veröffentlichung solcher Termine. Termine, die längerfristig feststehen(wie z.B. die Vorstellung der Ergebnisse der Elternbefragung zur Kinderbetreuung), müssen daher frühzeitig in den digitalen Veranstaltungskalender der Homepage wiesbaden.de aufgenommen werden, um den Bürgerinnen und Bürgern terminliche Planungen zu ermöglichen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat stellt sicher, dass alle öffentlichen Veranstaltungen der Stadt Wiesbaden im digitalen Veranstaltungskalender der Homepage aufgenommen werden. Diese Veröffentlichung hat schnellstmöglich nach Festsetzung der Termine zu erfolgen.

7. 11-F-03-0114

Naziaufmarsch in der Wiesbadener Innenstadt

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 29.11.2011 -

Von verschiedenen Personen wurde den Wiesbadener Grünen zugetragen, dass es am Freitag, 18.11.2011 einen Naziaufmarsch in der Wiesbadener Innenstadt gegeben habe.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob Informationen zu diesem Vorgang vorliegen.

8. 11-F-08-0079

Kostenloser W-Lan-Zugang im Stadtverordnetensitzungssaal

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

In Zeiten der Informationsvielfalt und einfachen Auffindbarkeit von Informationen ist es für Bürger_innen und Stadtverordnete gleichermaßen wünschenswert, Aussagen schnell überprüfen, Gegenargumente recherchieren und sich eine fundierte Meinung bilden zu können. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Verfügbarkeit der entsprechenden Informationstechnologie. Da nicht alle Anwesenden über mobile Endgeräte mit Internetverbindung verfügen, ist es wünschenswert, dass für Liverecherchen auf einen W-Lan-Zugang mit großer Bandbreite zugegriffen werden kann.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bei Sitzungen im Stadtverordnetensitzungssaal einen für Stadtverordnete und Bürger_innen gleichermaßen frei zugänglichen, kostenlosen W-Lan-Zugang zur Verfügung zu stellen.

9. 11-F-08-0082

Einheitliche Email-Adresse für alle Stadtverordnete
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Um allen Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern einen direkten und unbürokratischen Kontakt zu allen Stadtverordneten zu ermöglichen, wäre eine einheitliche Email-Adresse in der Form Vorname.Name@wiesbaden.de für alle Stadtverordneten hilfreich.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Für alle Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden wird eine Email-Adresse der Form Vorname.Name@wiesbaden.de eingerichtet.

NEUE SITZUNGSVORLAGE

10. 11-V-31-0004

DL 34/11-1

Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

11. 11-V-33-0006

DL 34/11-2

Integrationsbericht 2010

12. 11-V-07-0015

DL 33/11-1, 32/11-1

Einrichtung eines Sternengartens auf dem Wiesbadener Südfriedhof

12.1 10-F-01-0080

Muslimische Bestattungen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

13. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

ANLAGE

14. Bericht der Dezernentin

15. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender